

Antrag

der Abgeordneten Kornelia Möller, Klaus Ernst, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, Ulla Lötzer, Dr. Herbert Schui, Dr. Axel Troost, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Handlungsfähigkeit der Bundesagentur für Arbeit erhalten – Auf Senkung der Beitragssätze verzichten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Finanzmarktkrise wird nicht am Arbeitsmarkt vorüberziehen. Angesichts der Dramatik dieser Krise und angesichts deutlich nach unten korrigierter Wachstumsprognosen ist es illusorisch, dass sich diese Entwicklung nicht auf die Arbeitslosenzahlen niederschlagen wird. Wer in dieser Situation die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung senkt, handelt völlig unverantwortlich.

Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Bundesagentur für Arbeit (BA) darf nicht fahrlässig beschnitten werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung nicht auf 3,0 bzw. 2,8 Prozent zu senken.

Berlin, den 15. Oktober 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Der Koalitionsausschuss hat beschlossen, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung ab Januar 2009 für 18 Monate von 3,3 auf 2,8 Prozent zu senken. Danach soll der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung 3,0 Prozent betragen. Mit der Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung soll den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vorgegaukelt werden, dass ihre Einkommen um den Beitrag entlastet würden, den sie bei der Krankenversicherung zusätzlich bezahlen müssen.

Arbeitsmarktpolitisch ist eine Senkung des Beitragssatzes angesichts eines absehbaren Anstiegs der Arbeitslosenzahlen das falsche Signal. BA-Vorstand Heinrich Alt geht davon aus, dass „sich das [die Finanzmarktkrise] natürlich bei den Arbeitslosenzahlen bemerkbar machen“ wird (vgl. Frankfurter Rund-

schau vom 11. Oktober 2008). Um dieser Entwicklung mit aktiver Arbeitsmarktpolitik entgegenhalten zu können, braucht die BA finanzielle Mittel. Die geplante Senkung des Beitragssatzes führt aber im Gegenteil dazu, dass die BA im nächsten Jahr ein noch größeres Defizit als bislang angenommen aufweisen wird. Nach Prognosen der BA liegt das Defizit zwischen 5 und 2,5 Mrd. Euro. Die BA stellt fest: „Aus der heutigen Sicht wären bei einem längerfristigen Beitragssatz von 2,8 Prozent im Jahr 2012 praktisch alle Reserven der BA – einschließlich der so genannten Liquiditätsreserve – aufgebraucht“ (Presse Info 060 vom 6. Oktober 2008). Diese Reserven lagen zu Jahresbeginn immerhin bei fast 18 Mrd. Euro.

Neben dem notwendigen Verzicht auf die Beitragssatzsenkung der Arbeitslosenversicherung darf die Bundesregierung sich nicht nur akut mit der Finanzmarktkrise beschäftigen, sondern sie muss parallel dazu ein Konjunkturprogramm auflegen.